

gastbeitrag

Kapitulation vor unhaltbarer Kritik?

THOMAS MEYER



Der Buchautor und Verleger (Perseus Verlag Basel) zeigt auf, warum der immer wieder erhobene Antisemitismus-Vorwurf gegen Rudolf Steiner unbegründet ist.

Die Verleger von Rudolf Steiners Gesamtwerk stoppten die Auslieferung von Band 32 der Rudolf-Steiner-Gesamtausgabe (baz, 24. 11. 07), der eine Anzahl von höchst lesenswerten Aufsätzen Steiners vereinigt (und später in kommentierter Form wieder aufgelegt werden soll). Anlass war eine Strafanzeige von Seiten eines regional bekannten Hüters der «Political Correctness» in Sachen Antisemitismus. Man «störte sich an bestimmten Passagen» in einem Aufsatz des besagten Bandes. Das Groteske ist: In diesem Aufsatz aus dem Jahre 1888 verteidigte Steiner den Dichter Robert Hamerling gegen den Vorwurf des Antisemitismus. Hamerling hatte sieben Jahre vor der Veröffentlichung des Judenstaates von Theodor Herzl (1895) in seinem Epos *Homunkulus* unter anderem die Errichtung eines Judenstaates in Palästina persifliert, nicht aus Antisemitismus, sondern um die Unfruchtbarkeit eines solchen Unterfangens, das Europa (und die Welt) «seiner Juden» berauben würde, aufzuzeigen. Steiner stimmte wie alle assimilierten Juden dieser Persiflage zu. Er hielt wie diese nichts von jüdischen «Sonderbestrebungen», die auf die Errichtung eines «Judenstaates» hinausliefen. Darum und um nichts anderes geht es in seiner Verteidigung Hamerlings gegenüber

Die Vorwürfe gegen Rudolf Steiner sind leichtfertig, weil Stellen aus dem Zusammenhang gerissen werden.

dem leichtfertigen oder bössartigen Antisemitismus-Vorwurf. Wer Steiners ganzen Aufsatz unbefangen liest, wird dies bestätigen können. Die Zeitschrift *Der Europäer* hat diesen Aufsatz mitsamt einer immanente-kritischen Interpretation der schon seit Jahren durch die Presse geschleuderten anstössigen Passage im März 2000 neu veröffentlicht (www.perseus.ch).

UNFAIRE METHODE. Kein verantwortungsvoll vorgehender Kritiker wird sich in so schwerwiegender Sache auf einzelne Sätze oder Wörter beschränken. Gerade dies aber war seit jeher die bequemste und beliebteste Methode einer gewissen Sorte von Kritikern von Steiner und seinem Werk. Diese Methode lässt sich vergleichsweise wie folgt charakterisieren: Jemand schreibt irgendwo den Namen «Samuel» nieder. Ein anderer kommt und behauptet, dieser Name müsse «aus dem Verkehr gezogen werden», denn er beleidige jedermann, dem er zugerufen würde. Er enthalte nämlich die Buchstaben S, A und U, die doch eindeutig «Sau» ergeben! So wenig Letzteres zu widerlegen ist, so wenig wird ein vernünftiger Mensch in den drei kombinierten Einzelbuchstaben den Sinngehalt des ganzen Worts erblicken! Mit genau derselben Methode aber werden im Werk Steiners willkürlich Einzelstellen herausgegriffen und ohne Rücksicht auf den Gesamtzusammenhang als beleidigend hingestellt. Das Niveau des Vorgehens ist kein anderes. Wer so vorgeht, kann weder Anspruch auf Wissenschaftlichkeit noch auf ernsthafte Dialogbereitschaft erheben. Anwürfe wie die neuerdings erhobenen sind so alt wie die Anthroposophie Steiners. Neu ist, dass jene, die sein Werk veröffentlichen, mit einem Auslieferungsstopp reagieren. Rätselhafte Duckmäuse rei vor unhaltbarer Kritik.

briefe

Auf dem richtigen Weg

Vier Kantone ziehen (fast) am gleichen Strick; baz 18. 12. 07

Wie empfohlen geht die Reform der Reform weiter. Die Erziehungsdirektoren in der Region Basel bewegen sich aufeinander zu – und in die richtige Richtung. Besonders in und für Basel-Stadt: Die zeitweiligen Pläne, das Gymnasium auf drei Jahre zu verkürzen, sind vom Tisch, faktisch ebenso die Idee einer zwei- statt dreigliedrigen Sekundarstufe I. Das ist gut so. Schliesslich brauchen wir auch in Basel-Stadt keine pädagogischen Planspiele, sondern eine Stärkung beider Bildungswege – hin sowohl zur Berufslehre als auch zur Universität. Noch hat der aktuelle Entwurf des Staatsvertrags aber einen Knackpunkt: Die quere Verlängerung der Schulzeit bis zur Matur um ein Jahr. Dies gilt es zu bereinigen. Nur so wird Basel-Stadt dem wichtigen Ziel eines gemeinsamen Bildungsraums Nordwestschweiz zustimmen können und wollen.

BASCHI DÜRR, GROSSRAT FDP, BASEL

Der Postweg wäre billiger gewesen

Mehr erreicht als erwartet. Auf Um- und Irrwegen zur Einigung; baz 17. 12. 07

Welch grandiose Organisatoren! Aus etwa 187 Ländern fliegen, vielfach um den halben Erdball, mittels hochgradigst Schadstoffe ausstossenden Flugzeugen, Kongresssteinehmer zu Galaverkostigungen und Pseudo-(ab-)sitzungen. Dies war ein sinnloses Unterfangen, weil es sowohl allen Organisatoren wie allen Teilnehmenden von vornherein klar war, dass es wegen einigen, gleichfalls allen bekannt, nicht willigen Konferenzteilnehmern, zu keinem positiven Ergebnis kommen werde. Zum gleichen Ergebnis hätte man über vorab erfolgte Abklärungen auf dem Postwege jedoch um ein Vielfaches billiger kommen können. Schliesslich einigten sich doch noch alle darauf, das Geld ihrer Steuerzahler 2009 abermals, dann jedoch in Polen ausgeben zu wollen. Hoffentlich mit klimaschonenden Transportmitteln und erfolgreicher.

HANS GAMLIJEL, GRUB/AR

Die Fakten sind unterdessen bekannt

Nun wird sich gegenseitig auf die Schulter geklopft, was in Bali doch alles erreicht wurde. Die dramatische Schlussphase mag ja schon «sehr berührend» gewesen sein, zeigte sie doch gemäss Bundesrat Leuenberger auf, «wie wir alle von der Klimaveränderung betroffen sind». Der Weg ist also geebnet, bis 2009 können weltweit konkretere Massnahmen «ins Auge gefasst» werden. Im Text des Verhandlungsmandats sind zwar keine verpflichtenden Reduktionszahlen zu den Treibhausgasen enthalten. Was solls, wir haben ja die Zielwerte. Wie lange wir uns noch leisten können, den Politikern bei ihren Konferenzen zuzuschauen, muss wohl jeder selbst abwägen. Erstaunlich ist, dass schon Albert Einstein (1879–1955) mahnte: «Nichts wird die Chance auf ein Überleben auf der Erde so steigern

Liebe Leserin, lieber Leser

Möchten Sie einen Leserbrief schreiben? Wir freuen uns über Ihre Zuschrift und sagen Ihnen gerne, was Sie beachten sollten. In diesem Forum erscheinen Zuschriften, die sich auf baz-Artikel beziehen. Um möglichst viele Briefe veröffentlichen zu können, müssen wir uns Kürzungen vorbehalten. Bitte geben Sie Ihren Namen, Ihre Adresse und die Telefonnummer für allfällige Rückfragen an: Basler Zeitung, Leserbriefe, Postfach, 4002 Basel E-Mail: leserbrief@baz.ch
 Leserbrief per Internet-Formular:
 > www.baz.ch/leserbrief/formular.cfm
 Über viele Themen können Sie online mitdiskutieren:
 > www.baz.ch/forum

leserfoto



Santa Barfi

WUNDERVOLL. Und es gibt ihn doch: Der Weihnachtsmann flitzt über Basels Barfüsserplatz.

LESERFOTO JÜEG SCHELLING, BOTTMINGEN

Haben auch Sie ein interessantes Foto geschossen?

Senden Sie es an «leserbrief@baz.ch» (inkl. Bildunterschrift und Ihres Namens). Über die Auswahl der Fotos und deren Erscheinen unter www.baz.ch oder in der Basler Zeitung wird keine Korrespondenz geführt. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.

wie der Schritt zur vegetarischen Ernährung.» Die Fakten dazu sind inzwischen weltweit bekannt. Ob auch Bundesrat Leuenberger schon einmal darüber nachgedacht hat?

URSULA HARDMEYER, OBERWIL

Ein Umdenken findet statt

Die an der Klimakonferenz in Bali vereinbarten Ziele hätten zweifellos ehrgeiziger, die Beschlüsse weitaus konkreter sein können. Doch immerhin hat die Mammutveranstaltung gezeigt, dass in Umweltfragen ein langsames Umdenken stattfindet respektive bereits stattgefunden hat. Und dies nicht nur in der Politik. Inzwischen haben auch viele Manager begriffen, dass eine gute Umweltschutzpolitik langfristig eine sinnvolle Investition ist. Wurden früher Umweltschutzausgaben als Last angesehen, sieht man sie heute auch als Chance. Vor allem der Einführung von Emissionszertifikaten sollten wir oberste Priorität beimessen, denn bekanntlich ist der CO₂-Ausstoss ein globales Problem, das wir nur gemeinsam lösen können. Indem wir Umweltprojekte in Entwicklungsländern fördern, können wir mit denselben Mitteln den CO₂-Ausstoss wesentlich stärker reduzieren als in hoch entwickelten Ländern mit bereits strengen Umweltvorschriften. Es ist zu hoffen, dass diese Entwicklung weitergeht und Politik, Umweltorganisationen und Unternehmen in Zukunft an einem Strang zugunsten unserer Umwelt ziehen.

IRMA SCHAUB, ZÜRICH

Den Verlierer in Ruhe lassen!

Karikatur; baz 15. 12. 07

Es ist hierzulande üblich, den Verlierer einer Wahl in Ruhe zu lassen, ganz egal, was dieser in der ersten Enttäuschung gesagt haben mag. Nur die baz nimmt es sich heraus, den abgewählten Bundesrat noch Tage nach seiner Niederlage mit einer überaus primitiven Karikatur zu verhöhnen. Dégoûtant.

KURT ENGELBRECHT, LUPSINGEN

Lasst endlich gut sein!

Von wegen Verhöhnung und Provokationen von Seiten des Noch-Bundesrates Dr. Christoph Blocher muss ich sagen: Dem Auge des Lesers der heutigen Ekel-Front-Seite wird einiges zugemutet. Sie ist wederwitzig noch lustig, sie ist lediglich primitiv und ich leihe mir Ihr Lieblingswort aus: menschenverachtend. Ich denke, auf Ihrer Redaktion wäre eine Abwahl nach dem Muster Bundeshaus ebenfalls angesagt, denn Schrank scheint mir überfällig. Oder

möchten Sie bei der baz mit Ihren Provokationen jetzt im Advent die Bürger der Schweiz noch mehr durcheinander bringen? Wie heisst es so schön im bekannten Lied: «Friede auf Erden und den Menschen» ... etc. etc. Also lasst endlich gut sein!

MARGRIT RAAS, MÜNCHENSTEIN

So suggeriert man Missverständnisse

Happige Vorwürfe gegen Pflegeheim; baz 14. 12. 07

Jaja, so suggeriert man Missverständnisse: Ein Bild vom «Sonnenhof» mit Mauer umgeben, dicke Überschrift, und dann vernimmt der staunende Leser, dass der «Sonnenhof» einen Betreuten nachts im Bett anbindet, «fixiert». Viele Behinderte machen in der Jugendzeit schwere Krisen durch. Da gefährden sie ihr eigenes Leben und das der Betreuer. Oft demolieren sie tagtäglich ihre Zimmereinrichtung. Eigenartigerweise helfen Psychopharmaka und Sedativa wenig. Dies ist in Fachkreisen bekannt. Man kann sie auch nicht einfach in eine psychiatrische Klinik einweisen. Diese Menschen brauchen intensive Einzelbetreuung. Tagsüber löst man sich ab. Wenn aber ein Mensch auch nachts Einzelbetreuung benötigt, müssten doppelt so viele Menschen im Einsatz stehen. Für 24 Stunden bräuchte es vier Personen, die über sehr viel Sozialkompetenz verfügen. Wer bezahlt das? Wenn nicht die Eltern die Nachtschichten übernehmen, müssten sie zustimmen, dass ihr behindertes Kind fixiert werden darf. Ich kenne den «Sonnenhof» gut. Es ist für Schwerbehinderte ein Glück, wenn sie dort aufgenommen werden.

E. GRIMBICHLER, GEMPEN

Sehr einseitig berichtet

Das Bild lässt an Suggestivkraft keine Wünsche offen. Die Klostermauer symbolisiert die mittelalterlichen Methoden in Heimen. Dabei findet Gewalt vor allem im Familienkreis statt. Ich weiss aus eigener Erfahrung, dass Einrichtungen für Menschen mit Behinderung unter öffentlicher Aufsicht stehen, evaluiert und geprüft werden. Sie halten sich an hohe Standards und weit in den Alltag eingreifende Vorschriften in Bezug auf Zwangsmassnahmen. Entgegen der verbreiteten Vorstellung ist es oft nicht möglich, Menschen in aggressiven Phasen mit Medikamenten «ruhig zu stellen». Oft gefährden sie sich selber, Betreuer müssen damit rechnen, angegriffen zu werden. Es ist sehr einfach, Menschen, die sich dieser schweren Aufgabe annehmen, an den Pranger zu stellen. Es fehlt eine klare Stellungnahme der kantonalen Behörde, die diese Probleme kennt. Folge dieser sehr

einseitigen Berichterstattung könnte sein, dass Menschen mit solchen Schwierigkeiten in einem Heim nicht mehr aufgenommen werden. Eine offene, faire Diskussion wäre dringend nötig.

MARKUS KUTZLI, GEMPEN

Massiver Eingriff, aber...

Selbstverständlich stellen freiheitseinschränkende Massnahmen wie das Fixieren mit einem Gurt einen massiven Eingriff in die Integrität eines Menschen dar. Und selbstverständlich gehört das missbräuchliche oder unnötige Einsetzen dieser Mittel unverzüglich gestoppt. Von daher ist es nur richtig, dass diese Themen an die Öffentlichkeit gelangen. Mich stört an dem Artikel allerdings, dass der Eindruck erweckt wird, Fixieren werde als Massnahme nur eingesetzt, um das überforderte Fachpersonal zu entlasten. Das ist falsch, denn freiheitseinschränkende Massnahmen können auch völlig von den Bedürfnissen des betreuten Menschen (furchtbar, im Lebensraum der Klienten von Patienten zu sprechen! Warum nicht gleich Insassen?) ergriffen werden, weil sie ihm helfen, z.B. fremd- oder selbstaggressive Impulse zu kontrollieren. Dazu gehört natürlich eine klare, transparente und von allen Beteiligten (Klient, Vormund, Fachpersonal) unterzeichnete Dokumentation und eine regelmässige Überprüfung. Eine breit anerkannte Alternative wäre übrigens das medikamentöse Sedieren – ein weniger massiver Eingriff?

THOMAS OPLIGER, ALLSCHWIL

Jeden Tag die baz im Briefkasten.

Senden Sie mir bitte die Basler Zeitung nach Hause.

- 4 Wochen lang gratis zur Probe
- 4 Wochen lang gratis und ein Jahr für nur Fr. 347.–

(Angebote gültig bis 30. 11. 2007, in der Schweiz und im Grenzgebiet Basel. Abopreis inkl. 2,4% MWSt.)

Name: _____
 Vorname: _____
 Strasse: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____
 Bitte einsenden an:
Basler Zeitung, Abonnemente, Postfach, 4002 Basel